

Pressemitteilung vom 11.02.2010

Ole von Beust verbündet sich mit den Totengräbern des Gymnasiums DPHV sieht Hamburger CDU in Geiselhaft der Grünen

Die Schuld am Scheitern der Verhandlungen zwischen der Volksinitiative und dem Hamburger Senat sieht der Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes, Heinz-Peter Meidinger, eindeutig bei der Hamburger Union, die sich bedingungslos der harten Linie der grünen Schulsenatorin Goetsch gebeugt habe.

Damit werde es nun in Hamburg trotz der vorherigen Bekenntnisse des Ersten Bürgermeisters, einen Schulfrieden anzustreben, einen Schulkampf geben.

Meidinger nannte es verräterisch, dass sich Schwarz-Grün bis zuletzt dagegen gewehrt habe, Primarschule und Grundschule vergleichend zu evaluieren, bevor die Primarschule verpflichtend eingeführt werde. Offensichtlich seien sich Union und Grüne sehr sicher, dass die von ihnen verpflichtend geplante Primarschule bei einer Evaluation durchfallen würde. „Damit droht im Falle eines Scheiterns des Volksbegehrens wiederum eine Generation von Kindern zu Versuchskaninchen für eine unausgelegene, so nie erprobte Schulreform zu werden!“, sagte Meidinger und betonte weiter: „Wenn Ole von Beust jetzt ankündigt, zur Einführung der Primarschule ein Bündnis von den Grünen über die SPD bis hin zur Linken (!) anzustreben, macht er eines deutlich: Er ist um des bloßen Machterhalts bereit, sich auch mit den Totengräbern des Gymnasiums zu verbünden! Letztendlich geht es bei dem Volksentscheid in Hamburg um die Zukunft des Gymnasiums als der Schulart, die bei allen Leistungsvergleichen am besten abschneidet und sich der Leistungsniellierung noch am stärksten entzogen hat! Die Hamburger CDU begibt sich damit in die Geiselhaft der Grünen und der Linken, die im Falle einer Mehrheit für die Primarschule beim Volksentscheid danach mit Sicherheit ihre weiteren Forderungen bis hin zur Abschaffung der Gymnasien präsentieren würden.“

Die Gesetzesvorlage des Senats würde im Übrigen nach Ansicht des DPhV bereits in der jetzigen Fassung eine Abschaffung des Gymnasiums als leistungsorientierte Schulart bedeuten, da darin vorgesehen sei, dass Schüler auch bei schlechten Leistungen nicht mehr sitzenbleiben oder auf andere Schulen verwiesen werden dürften. „Letztendlich ist das die Einführung der Gesamtschule durch die Hintertür, zumal für Gymnasium und Stadtteilschule exakt dieselben Bildungsziele im Gesetzesentwurf formuliert sind. Da werden in einigen Jahren viele fragen, warum legen wir die beiden Schulen nicht gleich zusammen?“, so Meidinger.

Der in diesem Ausmaß nicht erwartete Erfolg der Volksinitiative zeige jedoch, dass die Zeit vorbei sei, wo sich eine Bürgergesellschaft von oben übergestülpte Reformen ohne Widerstand gefallen lasse. Der DPhV werde sich nachhaltig dafür einsetzen, dass Eltern auch in Zukunft in Hamburg die Wahlmöglichkeit haben, ihre Kinder in ein grundständiges, qualitätsorientiertes Gymnasium ab Jahrgangsstufe 5 zu schicken.

Autor: Eva Hertzfeldt, presse(at)dphv.de